

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Bundesvorstand  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin  
[info.bvv@dgb.de](mailto:info.bvv@dgb.de);

**Die Stellungnahme Ihrer Rechtsabteilung vom 31.03.2017 zur Anfrage des Bundesverfassungsgerichts vom 12.12.2016 zur Frage, ob die Sanktionsvorschriften des SGB II verfassungswidrig sind.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

erfreulicherweise hat die o. g. Stellungnahme Ihrer Rechtsabteilung mich – gegen Ihren Willen – erreicht!

Es gereicht Ihrer Rechtsabteilung zur Ehre, dass sie - in Anlehnung an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 09.02.2010, 18.07.2012 und 23.07.2014 – eindeutig zu dem Schluss kommt: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund sieht keine Möglichkeit, die Sanktionsvorschriften der §§ 31, 31a, 31b und 32 zu rechtfertigen.... Sanktionen führen in jedem Fall, in dem Adressaten von Sanktionsbescheiden nicht über Vermögen verfügen, das nach SGB II nicht angerechnet wird, zu einer evidenten Unterdeckung des Bedarfs.

**Die Regelungen der §§ 31 – 32 SGB II verstoßen daher gegen Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG“. (S. 23)**

Aus der Stellungnahme geht darüber hinaus hervor:

1. dass das im Zuge der Einführung des Hartz IV Systems installierte Konzept des „aktivierenden Sozialstaats“ mit Unterstellungen arbeitet: Arbeitssuchende bedürften der „Aktivierung“, da sie von sich aus nicht genügend zu Bemühungen motiviert wären, um sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, während der Mangel an Arbeitsplätzen systematisch ausgeblendet werde. Entgegen dem Negativ-Image von „passiven“ Arbeitslosen belegten empirische Studien, dass sich nur sehr wenige HilfebezieherINNEN „im System eingerichtet“ hätten.

2. Erklärtes Ziel der Hartz-IV-„Reform“ war: der Ausbau des Niedriglohnsektors in Deutschland, und zwar in einer Phase, in der die Niedriglohnbeschäftigung ohnedies bereits stark anstieg. Die Ursache dafür wird in den „spezifischen ökonomischen Rahmenbedingungen in Deutschland“ fest gemacht. Mit der Hartz-IV-„Reform“ wurde nun zusätzliches Öl ins Feuer gegossen, indem HilfeempfängerINNEN per Gesetz unter Androhung des Entzugs der Fürsorgeleistung zur Aufnahme fast jeder Beschäftigung gezwungen wurden. Dieses Ziel wurde erreicht mittels des Sanktionsregimes wie auch der abschreckenden Wirkung des Hartz-IV-Systems insgesamt. (s. S. 17f)

**Dass Sie als Bundesvorstand wahrscheinlich aus parteipolitischen Erwägungen heraus die Veröffentlichung dieser Stellungnahme Ihrer eigenen Rechtsabteilung bis nach der Bundestagswahl verweigern, finde ich verantwortungslos und empörend!**

Sie, die Sie selbst (noch) in gesicherten und sehr komfortablen Verhältnissen leben, waren nie betroffen von all den negativen Begleiterscheinungen, die sich mit Hartz IV verbinden. Dabei geht es keineswegs nur um das absolute materielle Existenzminimum, das den Betroffenen zugestanden wird. Es geht eben so sehr, um Klartext zu reden, um die Diffamierung, die Stigmatisierung und die Entwertung der Person, das Ausgeliefertsein gegenüber Jobcentern samt ihrem Sanktionsregime. Dieses wurde zum 01.07. noch verschärft, insofern jetzt auch für „sozialwidriges Verhalten“, was alles und jedes sein kann, Sanktionen verhängt werden können. Im Übrigen hat die SPD bereits die Absicht angedeutet, die Gangart nach den Wahlen noch weiter zu verschärfen. Hinzu kommt: sowohl CDU als auch SPD wollen die Rüstungsausgaben weiter erhöhen. Dass dies zu Lasten des sozialen wie auch des Bildungsbereichs u. a. gehen wird, versteht sich von selbst.

Vermutlich ist manchen von Ihnen (wie auch mir selbst bis vor kurzem) ein Aspekt nicht bekannt, den ich besonders **alarmierend** finde:

Durch ein Referat "Die mit dem schwarzen Winkel: Asozial und Arbeitsscheu" wurde ich darauf aufmerksam, dass die erste Gruppe – noch vor Kommunisten, Sozialisten etc. - , die von den Nazis verfolgt und in Lager gesteckt wurden, die „mit dem schwarzen Winkel“ waren, nämlich sog. Asoziale, Arbeitsscheue, AlkoholikerINNEN u. a. Die Drangsalierungen gingen bis zur Vernichtung durch Arbeit. Dabei gibt es erstaunliche Parallelen zur Gegenwart!

Die mit dem Schwarzen Winkel waren auch in den Lagern nicht organisiert - im Unterschied zu manchen anderen Gruppen, standen auf der untersten Stufe der Lager-Hierarchie.

Nur ganz wenige Überlebende erhielten nach dem Krieg eine (minimale) Entschädigung.

Dieser Aspekt des 3. Reichs wurde nicht "aufgearbeitet", sofern man überhaupt von "Aufarbeitung" sprechen kann. Möglicherweise ist das kein Zufall! Die Agenda 2010 samt den Hartz-Gesetzen wäre vielleicht nicht so durch gegangen, gäbe es in der Bevölkerung auch nur den Ansatz eines Bewusstseins für diesen Teil der Geschichte.

**Damals wie aktuell waren/sind sehr viele Menschen für die Verwertungsinteressen des Kapitals überflüssig!** Und mit zunehmender Automatisierung wird ihre Zahl noch weiter steigen. D. h. auch Ihre eigene gewerkschaftliche Machtbasis wird sich verkleinern.  
**Doch statt diesen Umstand klar und deutlich zu benennen, wurde und wird „die Schuld“ daran Menschen angelastet.** Dies wird durch die Stellungnahme Ihrer Rechtsabteilung zumindest angedeutet.

Politische Bildungsarbeit war doch lange Zeit ein wesentlicher Teil der Gewerkschaftsarbeit! Wie ich anlässlich eines diesjährigen Neujahrsempfangs von einer DGB-Mitarbeiterin erfuhr, haben Sie seit geraumer Weile bereits den Schwerpunkt stattdessen aufs juristische Feld verlegt.

Im Übrigen: **Auch die Gewerkschaften meinten damals, sich neutral zum (von der Wirtschaft gesponserten) politischen Regime verhalten bzw. sich arrangieren zu können. Und sie waren bass erstaunt, wie schnell sie entmachtete und enteignet wurden und viele ihrer Mitglieder sich ebenfalls in KZs wieder fanden.**

**Deshalb: Wann, wenn nicht jetzt kommt es darauf an, den Opportunismus fahren zu lassen! Zeigen Sie, dass Sie aus der Geschichte gelernt haben! Positionieren Sie sich öffentlich gegen das Sanktionsregime!** Begreifen Sie darüber hinaus, dass es auch für die Gewerkschaften eigentlich schon längst nicht mehr allein um die Vertretung von ArbeitnehmerINNEN-Interessen auf nationaler Ebene gehen kann! Treiben Sie die internationale Vernetzung der Gewerkschaften voran.

**Das Kapitalistische Wirtschaftssystem als Ganzes gehört auf die Tagesordnung!** Denn es produziert Ausschluss und Krieg.

Dass „Diese Wirtschaft tötet“ hat Papst Franziskus nicht nur für verschiedene Bereiche durchdekliniert. Es ist die bittere Erfahrung, die immer mehr Menschen weltweit tagtäglich machen müssen.

**Nicht weniger als Sein oder Nichtsein von Menschen wie der Erde, unserer Lebensgrundlage, stehen auf dem Spiel. Ergreifen Sie klar und deutlich Partei für eine Wirtschaft im Dienste des Lebens!**

Mit freundlichen Grüßen  
Ursula Mathern

P. S. Die Stellungnahme Ihrer Rechtsabteilung wie auch diesen Brief werde ich selbstverständlich gerne weiter verbreiten.